

**Ausschuß für Innere Verwaltung**

# Protokoll

5. Sitzung (nicht öffentlich)

15. November 1990

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenograph: Eilting

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes  
- FlüAG -**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/676

1

Der Ausschuß für Innere Verwaltung wird sich an der für den 10. Januar 1991 vorgesehenen Anhörung nachrichtlich beteiligen.

**2 Aktuelle Viertelstunde**

**a) Großrazzia gegen "Glücksspiel-Mafia"**

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

1

Staatssekretär Riotte (IM) nimmt Stellung und antwortet auf sich ergebende Fragen.

**b) Gefährdung der Arbeit der Polizei durch fehlende Haushaltsmittel**

Frage der CDU-Fraktion

3

StS Riotte (IM) erstattet einen Bericht, an den sich eine längere Aussprache anschließt.

**3 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen**

Vorlage 11/151

Der Ausschuß **nimmt** den Verordnungsentwurf ohne Aussprache **zustimmend zur Kenntnis**.

**4 Einsatz des Tonfa-Schlagstocks der Polizei**

9

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht von StS Riotte (IM) entgegen; Fragen dazu werden von Vertretern des Innenministeriums beantwortet.

**5 Situation der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden angesichts der dramatisch gestiegenen Asylbewerberzahlen**

(Antragstellerin: Fraktion der F.D.P.)

Vorlage 11/171

11

Nach kurzer Aussprache wird vereinbart, den Punkt in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen.

**6 Aufbau der Verfassungsschutzbehörden in der ehemaligen DDR**

(Antragstellerin: Fraktion DIE GRÜNEN)

12

StS Riotte (IM) erstattet einen Bericht.

**7 Gründung eines Instituts für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen**

- Bericht von Ministerialdirigent Salmon (IM)

13

- Ergänzender Bericht des Staatssekretärs

16

- Aussprache

17

Zur Frage der Anerkennung des Instituts für Kommunal- und Verwaltungswissenschaften in Düsseldorf trägt die SPD-Fraktion ihre Meinung vor; die Oppositionsfractionen sehen sich angesichts der ihr nicht ausreichend erscheinenden Informationen noch nicht zu einer Stellungnahme in der Lage.

## **8 Terminplanung**

22

Der Ausschuß akzeptiert den als Anlage wiedergegebenen Terminplan 1991. Er vereinbart außerdem, möglichst rasch Kontakte zum Innenausschuß des Landtags Brandenburg herzustellen.

## **9 Stand der Verhandlungen über die "freiwillige Rückkehr" der jugoslawischen Sinti und Roma, deren Asylgesuche abgelehnt wurden**

23

Nach Entgegennahme eines Berichts von StS Riotte (IM) zum Stand der Verhandlungen debattiert der Ausschuß über die Problematik.

-----

### Aus der Diskussion

Auf Empfehlung des Vorsitzenden Reinhard vereinbart der Ausschuß, den Punkt "Flüchtlingsaufnahmegesetz" vorzuziehen.

#### 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG -

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/676

Der Vorsitzende teilt mit, der federführende Ausschuß habe gestern beschlossen, am 10. Januar eine ganztägige Anhörung durchzuführen. Er schlage vor, daß sich der Innenausschuß daran nachrichtlich beteilige; den Ausschußmitgliedern stehe es dann frei, teilzunehmen. Daß am selben Tage um 13.30 Uhr die nächste Sitzung des Innenausschusses statfinde, lasse sich wegen der Haushaltsberatungen leider nicht vermeiden. - Der Ausschuß ist mit dieser Regelung einverstanden.

#### 2 Aktuelle Viertelstunde

##### a) Großbrazzia gegen "Glücksspiel-Mafia"

Frage des Abgeordneten Paus (CDU)

Abgeordneter Paus (CDU) bemerkt, seine Fraktion habe das Thema "Organisierte Kriminalität" im vorigen Jahr durch einen Antrag und eine Anhörung problematisiert. Es sei alarmierend, daß nun führende Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung und der Justiz in einen solchen Sachverhalt involviert seien. Die CDU inter-